

Nokia schließt die Handy-Fabrik in Bochum und entlässt Tausende Eine patriotische Heul-Orgie besiegelt die Abwicklung

Der finnische Konzern gibt die Schließung des Mobilfunkwerks in Bochum bekannt. 2300 Angestellte verlieren den Arbeitsplatz, 1000 Leiharbeiter ihren Job, viele weitere Stellen bei Zulieferern sind gefährdet. Nach Siemens-BenQ schließt der zweite Handyhersteller in NRW und der letzte seiner Art in Deutschland und eröffnet neue Fabriken in Ungarn und Rumänien. Nokia lässt die Welt nicht im Unklaren über die Motive seiner Standortverlagerung:

Nokia erklärt die Gesetze der globalen Profitrechnung

„Trotz aller gemeinsamen Anstrengungen ist Bochum als Standort zur Fertigung mobiler Telefone im internationalen Vergleich nicht wettbewerbsfähig.“

Mit dem Stichwort ‚wettbewerbsfähig‘ erinnert der Aufsichtsratsvorsitzende Sundbäck an den Zweck der Handyfertigung sowie aller Lohnzahlung: Arbeitsplätze werden eingerichtet, damit sie größtmögliche Gewinne abwerfen; Löhne werden gezahlt, solange aus ihnen befriedigende Überschüsse herauszuholen sind. Den Maßstab befriedigender Erträge demonstriert der Vorsitzende an seiner jüngsten Bilanz: 54,9 Milliarden Euro Rekordumsatz, 7,6 Milliarden Rekordgewinn in 2007; 40 % Weltanteil am Handygeschäft; den westeuropäischen Markt siegreich abgegrast, der nun als „gesättigt“ gilt; neue Weltmärkte Richtung Asien und neue Handytechnologien im Blick. Auch Werk Bochum schreibt „schwarze Zahlen“, kriegt aber zu hören, dass hier für die Fertigung von nur 6 % aller Ge-

räte 23 % der Lohnkosten aufgewendet würden. Weil die Benutzung lohnabhängiger Menschen andernorts für ein Linsengericht zu haben ist, werden deren Klassenbrüder hier entlassen; gemessen daran war die Beschäftigung der Bochumer ein Geschäft, aber nicht Geschäft *genug!*

In aller Deutlichkeit erläutert der Weltmarktführer auch die Ziele, die mit dem Umzug erreicht werden sollen. Nicht Misserfolg im harten Wettbewerb oder eine Krise der Mobilfunkbranche bewegt ihn zur Verlagerung nach Osten, sondern sein Erfolg. Gegen die gerne bemühte Lesart vom leidigen *Sachzwang*, dem anonymen Gesetz der Konkurrenz, dem der Unternehmer wohl oder übel entsprechen muss, bekennt sich die Firma dazu, dass sie in aller Freiheit ihren Erfolg sichern und ausweiten und den Weltmarkt auch künftig dominieren will. Der Anspruch, die „operative Gewinnmarge von 17 auf 20 %“ zu steigern, ist ein vollkommen

ausreichender Grund, das Ruhrgebiet zu verlassen. Diese Spanne ist nun einmal leichter mit Hungerlöhnen zu erreichen. Da hilft es nichts, dass Kritiker vermerken, der Anteil der Lohnkosten in der Branche liege am Standort D „bei nur 5 Prozent“. Was heißt da nur? Wenn die Firma es beim Lohndrücken und Rationalisieren schon so weit gebracht hat, dann bringt sie es auch noch weiter, und dann sind eben auch 5 % Lohnkosten noch zu viel! Das Geld, das er auch in Bochum verdient hat, nutzt der Konzern zur freien Besichtigung der europäischen Arbeiterklasse unter dem Gesichtspunkt ihrer absoluten Billigkeit; und am Ende investiert er 60 Millionen in Rumänien.

Dagegen ist Bochum nicht wettbewerbsfähig. Und unter diesem Urteil leidet nicht nur die Belegschaft. Die Stadt verliert ihren zweitbesten Steuerzahler, der zuliefernde Mittelstand seine Geschäftsbasis, die DHL ihren größten Paketkunden; am Ende der >>> S. 2

Unruhen in Tibet sorgen für Aufregung im Westen

China: Wie ein viel versprechender Wirtschaftspartner als Menschenrechtsverletzer an den Pranger gestellt wird

Die Öffentlichkeit strotzt vor Mitleid mit dem tibetischen Volk; die Proteste am Rande des olympischen Fackellaufs werden allabendlich in die deutschen Wohnzimmer getragen – so viel Aufmerksamkeit wird längst nicht jedem aufbegehrendem Völkchen

auf der Welt und auch nicht jeder Demonstration in diesem Land zuteil. Wir wollen diskutieren, um was es geht in diesem Fall, in dem Tibeter rebellieren, der Westen Menschenrechtsverletzungen anklagt und China sich ungerecht behandelt fühlt.

DORTMUND: Diskussionsveranstaltung am 20. Mai, 19 Uhr.
Im Keuning-Haus, Leopoldstraße 50-58, Raum 226, Dortmund

Niedriglöhne und Topgehälter

Warum Arbeiter so wenig und Manager so viel verdienen

1. „Jeder nach seiner Leistung“? Der Fehler der Gerechtigkeitsfrage. 2. Zwei gegensätzliche Einkommensquellen: Deshalb verdienen Arbeiter so wenig und Manager so viel! 3. Die Produktivkraft der Gerechtigkeitsfrage für die Stimmung im Volk.

Diskussionsveranstaltungen mit einem Redakteur des GegenStandpunkt-Verlags:

BONN: 7. Mai, 19:30 Uhr, Le Sabot, Breite Str. 76
BIELEFELD: 27. Mai, 19 Uhr, Uni, Hörsaal 10

Kette gehen Bäcker, Kioske, Kneipen kaputt. Der gesamten regionalen Infrastruktur wird der Nährboden entzogen, aus dem sie entstanden ist: Denn alles wirtschaftliche Leben hängt am Bedarf des Kapitals und wird mit dem Verlust dieses Bedarfs abgedreht.

Brave Arbeitsleute fühlen sich von treulosem Ausbeuter im Stich gelassen: Sie bleiben Nokianer auch ohne Nokia!

„Seit 18 Jahren arbeiten Frau E. und ihr Mann 6 Tage die Woche in 3 Schichten: Echte Nokianer! Wir haben hier unsere Knochen hingehalten, jetzt sind wir nicht mehr gut genug. Die haben uns für doof verkauft, die haben doch jede Menge Kohle mit uns verdient. Das Werk war ja rentabel, aber die Profitgeier können den Hals nicht voll kriegen.“ (SZ, 16.1.08)

Der Gegensatz der Interessen ist nicht zu übersehen; und er wird ja auch nicht übersehen. Gleichwohl weigern sich die Betroffenen mit solchem und ähnlichem Gejammer, sich diesem Gegensatz zu stellen. Stattdessen heben sie den Konflikt auf eine höhere, moralische Ebene, wenn sie sich zugute halten, selbst der Firma gegenüber niemals auf ihre Interessen geachtet und immer brav die Deppen für jeden betrieblichen Bedarf gemacht zu haben: Extraschichten fürs Weihnachtsgeschäft gefahren, auf Lohnzuschläge verzichtet – alles das war selbstverständlich. Jeden Schaden haben sie hingenommen, haben sich als Instrumente des Betriebswohls benutzen lassen – und beklagen nun das Unrecht, das ihnen geschieht, wenn die Firma sie trotzdem nicht weiter benutzen will. Als hätten sie sich mit ihrer selbstlosen Treue zum Dienstherrn dessen Treue zu seinen Dienstkräften verdient und als würden sie nicht bloß in die Einkommenslosigkeit entlassen, sondern um ihr höheres Verdienst betrogen.

So bleiben die Opfer der Umzugsentscheidung Sieger im Kampf zwischen Moral und Interesse. Freilich auch nur moralische Sieger. Aber den Sieg lassen sie sich nicht nehmen: Den kosten sie aus. Hat die Firma nicht selber die Parole „Nokia Values: Very human!“ in ihre Unternehmensphilosophie hineingeschrieben? Jetzt üben die Chefs Verrat an ihrem eigenen Kalenderspruch – „Die sollten sich was schämen!“ Die Macht über den Betrieb haben sie zwar, die Manager des Kapitals; daran hat keiner der Betroffenen auch nur den geringsten Zweifel, von Widerstand dage-

gen ganz zu schweigen. Aber zur Betriebsfamilie gehören die nicht; aus der entlässt die Bochumer Mannschaft ihre finnischen Häuptlinge: „Wir sind Nokianer, ihr nicht!“ Doch trotz alledem: Davon können die demnächst Entlassenen sich nichts mehr kaufen. Das wissen sie selbst am besten. Es heißt Abschied nehmen. Nicht von der Kollegenfamilie, sondern von der Einkommensquelle. Und das tun sie auch. Nicht mit einem knappen „Servus!“, sondern mit jenem zunehmend beliebten dummen Spruch, der genau die zwei Sachen ausdrückt: die widerstandslose Unterwerfung unter den GAU der eigenen Lohnarbeiterexistenz und die allmähliche Gewöhnung daran: „Die Hoffnung stirbt zuletzt!“ erzählen sie jedem Reporter, der sie nach ihren Empfindungen fragt.

Bis sie stirbt, die Hoffnung, heißt es: Kämpfen. Gewerkschaften und Betriebsrat machen die Standorterhaltung zu ihrer Sache und sich zugleich nichts darüber vor, welches Ende die betroffenen Arbeiter zu erwarten haben: „Nicht Ohne Kampf Ins Aus!“ – das sitzt!

Der Landesvater gibt dem Protest die patriotische Note

Es brennt also mal wieder, das Ruhrgebiet. Und deswegen ist es auch kein Zufall, wer den Nokianern für diesen Kampf als Bündnispartner einfällt: „Jetzt muss der Rüttgers kommen!“ Und siehe da: Der wartet die Steilvorlage nicht ab, sondern ist gleich da.

Schon merkwürdig: Gegen profitgierige Existenzvernichter pusten die Opfer in ihre Trillerpfeifen; vom Politiker, der die Freiheit Nokias zum Profitmachen schützt, lassen sie sich in den Arm nehmen. Der Macht des Kapitals sehen sie sich hilflos ausgesetzt; von der politischen Macht, die Multis als Mehrer des Wachstums schätzt und auf den Standort bittet, erwarten sie Schutz. Man muss schon sehr konsequent davon absehen, dass der kapitalistische Staat selbst die Lohnabhängigen der globalen Konkurrenz aussetzt, um ihn als Schutzherrn der Geschädigten anzurufen. Dem Rüttgers passt der Ruf nach Rettung natürlich gut: Er greift als Anwalt betroffener Arbeiter zum Megafon, um seine Schützlinge in wenigen Schritten auf den nationalistischen Gehalt zu verpflichten, den ihre Unzufriedenheit annehmen muss, wenn sie Respekt genießen will. Zuerst gibt der Landesvater der Belegschaft voll Recht in ihrer bescheuerten Klage über den finnischen Profitgeier, der angeblich keine gescheiterten kapitalistischen Gründe für seine Republikflucht vorweisen kann.

„Wenn der Aufsichtsratschef gestern darlegt, man müsse weggehen, weil hier die Kostenstruktur bei den Arbeitskosten im Ruhrgebiet nicht stimmt, und gleichzeitig erklärt, dass der Anteil der Lohnkosten an den Produktionskosten unter 5 % ist, dann fühle ich mich auf den Arm genommen. Das kann nun wirklich nicht sein! Das ist Unsinn!“

Der Mann, der seinen regionalen Standort Nokia als Schnäppchen angeboten hat und weiterhin anbietet, tut so, als verstehe er die Welt nicht mehr, wenn Nokia auch anderswo Schnäppchen jagt. Dass andere Länder Ausbeutungs-Vorteile zu bieten haben sollen, die NRW nicht bieten kann, das kann nicht sein. Rüttgers bekräftigt seinen Glauben an die Unschlagbarkeit des Malocher-Menschenschlags, den er regiert, und spart nicht mit rassistisch eingefärbtem Lob.

„Mir kann keiner erzählen, dass die Arbeitnehmer in Rumänien genauso fleißig, genauso gut, genauso engagiert sind wie hier die Mitarbeiter bei Nokia in Bochum.“

Nach diesem Einstieg, den die Nokianer offenbar schmeichelhaft finden, hebt der Landesvater ihre Betroffenheit auf die höhere nationale Ebene, indem er sie als Ruhrgebietsmenschen und Deutsche anspricht: Was ihnen widerfährt, ist mal wieder so ein Fall von „Schattenseite der Globalisierung“, unter der der Standort Deutschland im Allgemeinen, das Ruhrgebiet im Besonderen zu leiden haben. Der Schaden der Entlassenen ist weit mehr als bloß das: Er ist Teil der Beschädigung des allerhöchsten Gutes, des nationalen Allgemeinwohls, durch einen ausländischen Konzern. So rettet Rüttgers die Würde der zukünftigen Hartz-IV-Empfänger; mit ihrem Jammer setzt er sie ideell ins Recht; von ziemlich weit oben herab beglaubigt er ihr beleidigtes moralisches Rechtsempfinden; das ist doch schon mal ein schöner Trost. Und als nordrheinwestfälischer Machthaber hat der Landeschef seinen Landeskindern noch mehr zu bieten, nämlich den Schein einer machtvollen Gegenoffensive, einer Strafe für Geldgier, die die finnischen Profitgeier an ihrer empfindlichen Stelle trifft: „Rüttgers warnte Nokia, sich das Image einer ‚Subventions-Heuschrecke‘ zu verschaffen.“ Dabei geht es nicht einmal bloß um das geschäftsschädigende Image, das er mit seiner landesväterlichen Autorität dem Unternehmen anhängen könnte. Rüttgers kündigt eine rückwirkende Prüfung der 88 Millionen Euro Subventionszahlungen an, mit denen die Landesregierung seinerzeit Nokia nach Bochum gelockt hat; er lässt einen Verstoß der Firma gegen gewisse Bedingungen rekonstruieren, an die die Geldgeschenke des Landes geknüpft waren ... Das ist schon gelungen:

Derselbe Staatsmann, der für eine Politik eintritt, die dem Kapital die weltweite Freiheit der Standortwahl eröffnet, und der diese Wahl mit ganz legalen Bestechungsgeldern erfolgreich beeinflusst hat, der also weiß und damit kalkuliert, auf welche Reize ein Multi positiv reagiert – der führt sich auf, als hätte Nokia mit seinem Standortwechsel einen ewigen Treueschwur gebrochen. Dabei hat die Firma bloß den politischen Zuhälter gewechselt.

Andere deutsche Spitzenpolitiker springen auf den Zug auf. Sie schließen sich der Drohung an, den Ruf des doch eigentlich hoch geschätzten Weltkonzerns zu schädigen, und tragen das Ihrige dazu bei: SPD-Chef Beck erzählt Leuten, die nicht wissen, wovon sie nächstens Miete zahlen sollen, Nokia habe „den deutschen Steuerzahler geschädigt“; der Bundesfinanzminister erfindet das neue Schimpfwort „Karanwanenkapitalismus“ und geißelt dessen „hemmungslose Gewinnmaximierung“; die Kanzlerin droht, „in Helsinki anzurufen und viele offene Fragen zu klären“. Der geistige Schulterschluss zum großen nationalen WIR, das sich von finnischen Profitgeiern nicht für dumm verkaufen lässt, ist damit auf gutem Weg. Die patriotische Empörung erreicht ihren Höhepunkt in einer Kampagne, bei der sich wirklich jeder Bürger mit dem Herzen am rechten Fleck engagieren kann: „Das kauf ich euch nicht ab!“ „Ich kann mir nicht vorstellen, dass noch ein Deutscher bei Nokia kauft.“ (Kraft, SPD) „Seehofer und Struck: Erste Politiker geben ihr Handy zurück!“ (Bild) „No, Nokia, so nicht!“ (Demoparole) Der Verbraucherminister ruft zum Kaufboykott, die mitdenkende Basis plant eine erste öffentliche Telefonverbrennung. Leserbriefschildern das geile Gefühl, eines der bis gestern weltbesten Handys ins Klo zu spülen. Sollen den Dreck doch die

Rumänen kaufen, meint der aufgeklärte Normalverbraucher im WAZ-Chatroom. Derweil verhandeln Rüttgers' Leute mit den gewissenlosen Profitgeiern längst ganz gesittet über neue Geschäftsperspektiven in Bochum. Auch Nokia versteht die Dialektik der Rufschädigung durch Politiker eines Gastlandes, die sich durch ein paar investierte Millionen wieder ins Gegenteil verkehren lässt. Es ist ja auch nicht so, dass es auf dem Standort Deutschland gar nichts gäbe, was der Weltkonzern für seinen

Profit nutzen könnte – nur Handys sind out. Eine Stiftung über einige 10 Millionen, ein Technologiepark auf dem alten Werksgelände, ein Entwicklungszentrum für Autoelektronik zusammen mit Bosch und BMW und ein paar hundert Arbeitsplätze für Ingenieure. Das wird Rüttgers nächstens als „Hoffnung für Bochum“ und „Rettung von Arbeitsplätzen“ verkaufen. Und als Beweis für das Vertrauen vermarkten, das er als Landesvater von Seiten nicht nur der dann abgewickelten Belegschaft verdient.

Erdogan besucht unsere Türken Falscher Nationalismus auf deutschem Boden!

Der türkische Ministerpräsident Erdogan kommt auf Staatsbesuch nach Deutschland, wo an die drei Millionen Türken als Ausländer oder als türkischstämmige Inländer mit deutschem Pass leben. Einige von ihnen sind gerade ein paar Tage zuvor in Ludwigshafen beim Brand eines Hauses ums Leben gekommen. Beim Besuch des Unglücksortes findet er „dämpfende Worte“ (t-online-nachrichten, 13.2.08) angesichts des Verdachtes, sie wären – wie schon öfter – einmal mehr Opfer antitürkischer Umtriebe geworden. Die sind nicht selten in Deutschland, wo die große Mehrheit der Türken, ganz ähnlich ihren deutschen Nachbarn, arbeitet, gesetzestreu lebt und doch immer nicht als wirklich der inländischen Volksgemeinschaft zugehörig gilt.

Für Erdogan dagegen sind sie anlässlich seines Staatsbesuches als „Auslandstürken“ ein Publikum, dem er, einerseits direkt, andererseits mit Blick auf die türkische Öffentlichkeit, Wichtiges mitzuteilen hat. Er lädt deshalb in eine Kölner Halle ein und hält eine lange Rede. Eine von „stark innenpolitischem Charakter“, mit der er den türkischen „Vorwahlkampf“ einleitet (so die türkische Internet-Zeitung bianet, SZ, 12.2.) und um die Türken in Deutschland als Wähler wirbt, die bei den nächsten Parlamentswahlen erstmals vom deutschen Ausland aus in der Türkei wählen dürfen. Mit Hymne und Fahne, Videoclips, Licht- und Musikregie und unter dem Jubel seiner Volksgenossen präsentiert sich nach allen Regeln nationalistischer Inszenierungskunst „der Popstar der türkischen Politik“ (SZ, 11.2.), misstrauisch beäugt von einer kritischen deutschen Öffentlichkeit, der das bekannte Gewese auf türkisch plötzlich so befremdlich erscheint, dass manchen sogar das Wort „Personenkult“ dazu einfällt. Erdogan kann seinerseits nicht anders, als seinen begeisterten Zuhörern einzugestehen, dass er sie auch großartig findet. Erstens überhaupt weil sie Türken sind und – das gilt speziell für die Anwesenden – zweitens, weil sie das auch im fernen Ausland geblieben sind: „Sie haben

ihre Augen und Ohren immer auf die Türkei gerichtet... Ihren Glauben, Ihre Werte, Ihre Kultur bewahrt“ und „sich gegenseitig unterstützt.“ (Erdogan-Rede, SZ, 14.2.) Dieser prächtige Menschenschlag muss, so findet der leitende Türke, auch in der Fremde unbedingt erhalten werden, weshalb es nicht nur „selbstverständlich“ ist, „dass unsere Kinder Türkisch lernen“, sie haben sogar noch „das natürlichste Recht“ darauf. Auch wenn die Naturgesetze gemeinhin nicht für die Verleihung von Rechten bekannt sind, ist das Gemeinte klar: Türkische Sprache und Kultur stehen dem Auslandstürken so unwidersprechlich zu, dass „Assimilation“ ein Verbrechen höchsten Kalibers wäre: „Ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.“ Andererseits sollen die ausländischen Türken aber auch erfolgreiche Türken sein. Deshalb sollen sie die „Sprache des Landes erlernen, in dem sie leben“, und davon „in jeder Hinsicht profitieren“. Die türkische Gemeinschaft sollte nicht nur „in der Lage sein, in der deutschen politischen Landschaft einen Einfluss auszuüben, Wirkungen zu erzielen ...“, sie hat auch ein Recht auf Gehör, schließlich „hat sie sich volle 47 Jahre für dieses Land verausgabt, dazu beigetragen, dass Deutschland vorankommt und zu einem mächtigen Land in Europa wird. In den europäischen Ländern nähern

Gegenargumente Düsseldorf

Öffentlicher Diskussionstermin

Samstag, 17. Mai 2008, 17 Uhr

Thema: Die EU

**Ein Haufen konkurrierender
Staaten will sich als
Weltmacht präsentieren**

Ort: Kulturcafé Solaris 53 e.V.
Kopernikusstr. 53 40225 Düsseldorf

www.gegenargumente.com

sich die Türken der Zahl von 5 Millionen.“ Gleichgültig, welchen Pass sie gerade besitzen, verweist Erdogan auf Masse und vor allem Dienste seiner Türken für Wirtschaftskraft und Staatsmacht der Gastgeberländer: Die Millionen ausgewanderten, dortgebliebenen und nachgeborenen Türken zitiert er, durchaus selbstbewusst und drohend, als Anspruchstitel seiner nationalen Ambitionen auf Beitritt zur EU. Das deutsche Versprechen – „die Türkei gehört nach Europa!“ –, von dem die hiesige Regierung immer weniger wissen will, konfrontiert er mit seinen 5 Millionen, die längst da sind: So vereinnahmt er die vielköpfige türkische Gemeinde in Deutschland als leibhaftiges Argument für seine Sicht der Dinge und die außenpolitischen Interessen seiner Nation.

*

Dieses Benehmen eines ausländischen Regierungschefs auf deutschem Boden stößt inländischen Politikern, insbesondere denen der großen Volksparteien, sauer auf. Sie sind überwiegend empört und lassen den Obertürken und seine so unbedacht jubelnden Anhänger wissen, dass sie in diesem Auftritt keinen Akt der deutsch-türkischen Verständigung sehen. Vielmehr einen der zwischenstaatlichen Unhöflichkeit und einen Verstoß gegen deutsche Zuständigkeitsrechte, den sie nicht widerspruchslos durchgehen lassen wollen. Zunächst einmal halten sie schon die Ankündigung der Kölner Veranstaltung auf Türkisch und ihre Durchführung in türkischer Sprache für „eine Unverschämtheit“. (Ein kölscher CDU-Uckermann, Ruhrnachrichten.de, 8.2.) „Eine öffentliche Großveranstaltung in Deutschland, die von der deutschen Öffentlichkeit nicht verstanden werden kann und soll“ (ein CSU-Koschyk, ebd.), grenzt nämlich die Deutschen in Deutschland aus und „betont das Trennende und nicht das Miteinander“, weil sie sich der Kontrolle durch deutsche Politiker und Öffentlichkeit entzieht, denen es in Wirk-

lichkeit zusteht, zu „betonen“, was gerade trennt und eint. So etwas „schadet der Integration.“ (Koschyk, ebd.)

Die CSU-Chefs Huber und Beckstein stellen fest, kaum hat man ihnen das Entsprechende übersetzt, dass Erdogan sich schuldig macht, wenn er „türkischen Nationalismus auf deutschem Boden predigt“ (Huber, SZ, 13.2.) und damit „die türkische Sprache und Kultur eindeutig über die deutsche“ stellt. Dass da eine in ihren Augen ganz falsche Rangfolge aufgemacht wird, wenn deutschen Türken das Türkische als ihre naturberechtigte Muttersprache ans Herz gelegt wird, das Deutsche aber als Mittel einer ökonomischen und politischen Vorteilsrechnung, das hören die CSUler und ihre Kollegen sofort heraus. Schließlich teilen sie mit Erdogan den gleichen nationalistischen Geist und können deswegen seine Empfehlungen nicht leiden.

Die stellen deswegen „eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Deutschlands“ dar (Kauder, CDU; Wiefelspütz, SPD; SZ, 13.2.), „weil sich Erdogan an Tausende Türken mit deutschem Pass gewandt habe“. Und das ist schon wieder „nicht gut für die Integration“. (SZ, ebd.)

„Für das Zusammenleben in Deutschland ist aber die deutsche Politik zuständig.“ (Bosbach, CDU, focus.de, 12.2.) Und sonst niemand.

Und damit ist die deutsche Politik auch dafür zuständig, wie Integration hierzulande geht: dafür, wer wie eingemeindet wird nach den Bedürfnissen des Standortes und dem Umfang seiner politisch definierten Bürgerpflichten; wem wie viel zusteht, dafür, dass er sich „verausgibt“ hat; und wer wie ausgegrenzt wird nach den Kriterien des Ausländer, Zuwanderungs- und Sozialrechts. Das musste dringend gesagt werden, wenn jemand „versucht, als türkische Regierung Innenpolitik in Deutschland zu betreiben.“ (Bosbach, ebd.)

Auf die Türken in Deutschland, zumal auf die mit deutschem Pass, hat – das ist nun hoffentlich deutlich übergekommen – niemand anders Anspruch als eben Deutschland, vertreten durch seine Kanzlerin.

HAGEN: Was ist Kapitalismus?

Monatlicher Diskussionstermin

26. April: Die Linkspartei

17. Mai: Sozialstaat früher und heute - Wie der Staat die Ausbeutung perfektioniert

**Jeweils 13 Uhr
im Kulturzentrum Pelmke,
Pelmkestr. 14, 58089 Hagen**

Wenn sich „die Türkei als Schutzmacht der in Deutschland lebenden Türken aufspielt“ (Söder, CSU, oe1.orf.at, 12.2.), dann überschreitet sie ihre Zuständigkeiten. Denn: „Nicht Herr Erdogan ist der Regierungschef der türkischen Mitbürger, sondern die Regierungschefin ist Angela Merkel.“ (Bosbach, CDU, ebd.) Und die bestätigt auch gleich, dass sie auch „die Kanzlerin der türkischstämmigen Deutschen ist“, weshalb auch deren „Loyalität dem deutschen Staat gehören müsse.“ (Merkel, ebd.)

Die begleitenden fachkundigen Debatten über Für und Wider von türkischen Schulen in Deutschland oder die pädagogischen Vor- und Nachteile von mutter- oder fremdsprachlichem Sprachunterricht leben einerseits von der Vorstellung, dass Sprache für kulturelle, damit staatsbürgerliche Identität stehe, die richtige Spracherziehung also auch die gewünschte deutsche Identität und damit die Zugehörigkeit zum Gemeinwesen verbürge. Andererseits sind die einschlägigen Diskussionsbeiträge eher sachfremd. Was, wenn es nur um Worte ginge, ein absolut lächerlicher Streit wäre – *asimilasyon* oder *Integration*: beides sind Metaphern für Anpassung! –, dreht sich in der Sache um die sehr prinzipielle zwischenstaatliche Frage des politischen Verfügungsrechts über einen nicht unbeträchtlichen Teil des inländischen Volkskörpers. Als dessen – zumindest – Mitinhaber macht im Fall der deutschen Türken die türkische Obrigkeit konkurrierende Besitzansprüche, Zuständigkeiten und damit – wie jede Regierung mit Blick auf eigene nationale Minderheiten im Ausland – Einmischungsrechte geltend. Und die werden mit unmissverständlicher Grobheit zurückgewiesen: Unsere Türken gehören uns und sonst niemandem! Und Erdogan soll gefälligst seine unverschämten Finger von ihnen lassen!! Wenn das klar ist, sind ansonsten die „Beziehungen zur Türkei in einem ganz ausgezeichneten Zustand.“ (Regierungssprecher Steg, 15.2.)

BIELEFELD: Diskussionsveranstaltung und Wochenendseminar

**Vortrag und Diskussion:
9 Jahre Putin - Konkurrenzansagen aus Russland
02.07.2008, 20 Uhr**

Über ein Kampfprogramm zur ökonomischen Durchsetzung auf dem Weltmarkt und der Beteiligung an imperialistischen Gegensätzen.

In der Bürgerwache am Siegfriedplatz, Rolandstr. 16, 33615 Bielefeld

Von der Demontage der Sowjetunion zur Wiederherstellung einer Weltmacht:

**Seminar zur Lage in Rußland
04.07.2008 - 06.07.2008
Beginn: Freitag, 20:00 Uhr**

Weitere Infos: <http://ak.blogspot.de>

Tibet-Unruhen und Olympia 2008:

Wie ein viel versprechender Wirtschaftspartner als Menschenrechtsverletzer an den Pranger gestellt wird

Wie war das noch neulich, als wir uns über unaufgeklärten religiösen Fanatismus aufgeregt haben? Als wir es kaum ausgehalten haben, dass bei uns eine ‚Parallelgesellschaft‘ existiert, in der Mädchen zwangsverheiratet werden? Als wir eine Riesen-Diskussion über den Bau von Moscheen in unseren Städten angezettelt haben? Als wir es höchst verdächtig fanden, dass gläubige Mohammedaner ihren Vereinen Geld spenden und als wir froh waren, dass unser Staat die ganze islamische Mischpoke überwacht, schikaniert und zwangsintegriert?

Aber natürlich: Das alles gilt ja *dieser* Religion! Dem *Islam!* Klar doch, der ist eine ganz *gefährliche* Geschichte. Wenn da die Gläubigen mitten in der „modernen Welt“ mit Kopftüchern herumlaufen, ständig beten wollen und komischen Geboten folgen, zeigt das Verbohrtheit und Rückwärtsgewandtheit, kurz: die ganze *Unaufgeklärtheit* dieser Religion. Vor allem gegen den möglichen und ständig in der Luft liegenden Übergang zum religiösen *Fanatismus* ist deshalb Wachsamkeit geboten und für die staatliche Aufsicht so gut wie jedes Mittel recht.

Dagegen *Tibet*. Ganz was anderes natürlich. Unschuldige und einfach super-fromme Menschen, die sich bloß dafür einsetzen, ihre Religion frei ausüben zu können. Toll, wie diese Leute seit Jahrhunderten an ihrem Glauben festhalten und ihm ihr ganzes Leben unterordnen. Beeindruckend, wie viele von ihnen schon im Kindesalter zu Mönchen und Nonnen werden, die ihre Tage damit verbringen, „om mani padme hum“ zu murmeln. Wie sie von den Opfern einer bettelarmen Bevölkerung leben, ihr Land voll Kirchen und Klöster stellen und unbeirrt die Rückkehr ihres „Gottkönigs“ verlangen.

Und das alles gegen eine brutale chinesische Regierung. Die duldet die religiösen Spinnereien der Tibeter zwar als „kulturelle Autonomie“. Aber wir wissen, dass das nur Schein ist. In Wahrheit will sie ihr ekelhaftes kapitalistisches Leben auch dieser Provinz aufnötigen. Sie baut eine supermoderne Eisenbahn nach Lhasa, ermuntert ihr riesiges chinesisches Volk, in der menschenleeren Westprovinz Geschäfte zu machen, und lässt massenhaft Touristen ins Land, die sich die buddhistischen Klöster anschauen sollen. So will das Regime in Beijing dem religiösen Fanatismus seiner tibetischen Buddhisten das Wasser abgraben. Schlimm! „*Kultureller Völkermord!*“ – das sagen Leute, die es nicht aushalten, wenn irgendwo in dieser Welt kein McDonalds steht.

Apropos: Wie war es noch mal mit dem „Selbstbestimmungsrecht der Völker“? Basken, Iren, Kurden? Ach nein, Quatsch – für die gilt es ja nicht. Die leben in demokratischen bzw. mit uns verbündeten Staaten, haben also per definitionem keinen aner kennenswerten Grund für separatistische Ambitionen. Ihre Staatsgewalten bekämpfen so etwas also „zu Recht“, weshalb „wir“ den Staatsterror anerkennen, uns öffentlich um seinen Erfolg sorgen und praktisch unterstützen.

Andererseits: Dass andere Staaten, etwa das alte Jugoslawien und das neue Russland ähnlich über ihre Staatskonstrukte denken und sich glatt Hoheit über ihre Völker und Stämme anmaßen, geht natürlich nicht. Im Kosovo beispielsweise lebt unzweifelhaft ein Volk, dem wir dabei helfen müssen, sich selbst zu bestimmen. Auch Tibet scheint so ein Fall zu sein ...

Und wie war das noch neulich beim Protest gegen den G8-Gipfel? Als ein paar wenige Mitglieder der ‚Zivilgesellschaft‘ ihren Unmut gegen die Politik der Weltmächte etwas wahrnehmbar machen wollten – *neben* einem 12-Millionen-Zaun, einem riesigen und schwer bewaffneten Polizeiaufgebot und *nach* einer ganzen Latte präventiver Hausdurchsuchungen und Verhaftungen? War da nicht innerhalb von Minuten klar, dass ein einziges brennendes Polizeiauto in Rostock den gesamten Protest endgültig desavouiert hat und alle Freiheiten gegen „Gewaltexzesse“ dieser Art erlaubt und geboten waren?

Ach ja, natürlich – das waren *unsere* Staatenlenker und ihr Gewaltmonopol, das sie gegen jeden kleinsten Kratzer und Ausraster von unten mit aller Erbitterung und allem Recht dieser Welt verteidigen. Ganz *anders* natürlich in Tibet. Brennende Geschäfte und Banken (so etwas gibt es bei uns schon lange nicht mehr!) setzen dort nicht die religiösen Fanatiker ins Unrecht.

Rolf Gutte/Freerk Huisken

Alles bewältigt, nichts begriffen!

Nationalsozialismus
im Unterricht



Rolf Gutte / Freerk Huisken

**Alles bewältigt, nichts begriffen!
Nationalsozialismus im Unterricht**
344 Seiten (2007)
EUR 15.80 sFr 28.30
ISBN 978-3-89965-217-8

Der Faschismus war ein Unrechtsregime und Hitler ein Verbrecher; die Demokratie dagegen hat nicht nur nichts mit dem Faschismus gemein, sie ist ein Bollwerk gegen ihn. So etwas lernt man seit über 60 Jahren in deutschen Schulen.

Aber gelernt wird heute auch, dass man immer noch »den Anfängen wehren« muss, dass mit Millionen Arbeitslosen Weimarer Verhältnisse einreißen können und dass deshalb die demokratischen Volksparteien rechtzeitig den rechtsradikalen Wählern eine politische Heimat anbieten müssen.

Das wirft Fragen auf: Ist die Demokratie nun der Hort der Freiheit und allein schon deswegen das antifaschistische System? Oder ist sie auch nur eine Form von bürgerlicher Herrschaft, die rechtsradikales Gedankengut und (neo-)faschistische Gruppierungen als politische Alternative immer wieder selbst hervorbringt? Dann aber wäre es nichts mit dem behaupteten unversöhnlichen Gegensatz zwischen Demokratie und Faschismus und alle deutschen Schulbücher hätten Unrecht.

Rolf Gutte und Freerk Huisken untersuchen ein halbes Jahrhundert antifaschistische Erziehung. Ihr Resümee lautet: „Glaubt den Schulbüchern kein Wort!“

In Lhasa beweisen sie uns eindeutig, wie sehr China die Tibeter unterdrückt, die deshalb zu solchen Mitteln greifen ‚müssen‘. Tote werden von vornherein und reflexartig der Blutbilanz der chinesischen Staatsmacht zugezählt und bleiben dort auch als moralische Schuld stehen, wenn Tage später zugegeben wird, dass es sich bei den ersten Opfern um Han-Chinesen handelt, die durch rassistische Gewalttaten der ‚eigentlich‘ friedlichen Tibeter umgekommen sind.

Die Parteilichkeit unserer freien Öffentlichkeit ist also wie immer super drauf. Die Hirne der hiesigen Menschen sind so gut sortiert, dass die Bild-Zeitung ohne jedes Problem die serbischen Aufstände in Mitrovica und die tibetischen in Lhasa in *einen* dicken schwarzen Kasten tun kann. Jedermann kapiert, dass es sich bei dem einen Bild um „gute Rebellen“ und „böse Ordnungskräfte“ und bei dem anderen um „böse Randalierer“ und „gute Panzer“ handelt.

So fortgeschritten ist man in China, dem die Pressefreiheit ja ‚noch‘ fehlt, in der Tat nicht. Hier muss die Regierung, um die chinesischen Menschen auf ihre Sicht des Tibetproblems einzuschwören, zu völlig hinterwäldlerischen Methoden greifen; sie zensiert, sperrt Internetseiten und lässt ihre staatlichen Medien „einseitig“ Bericht erstatten. Was sie *nicht* zensiert, sondern offen ins Netz stellt (Videoaufnahmen der „riots“ in Lhasa und anderswo, Beweise für die frechen Fälschungen westlicher Blätter und Nachrichtendienste), brauchen wir uns allerdings gar nicht erst anschauen – die Absicht ist klar, weshalb die schönste Medienkritik uns überhaupt nicht beeindrucken kann.

Das „Dach der Welt“ gehört jedenfalls – so viel steht fest – zukünftig in die Kategorie „*viel versprechender Unruheherd*“. Hier handelt es sich eindeutig nicht um eine *Religion*, der religiöser Absolutheitsanspruch, ihr Zusammenhang zu ökonomisch überholten Familien- und Clanstrukturen zum Vorwurf zu machen sind – wie das beim viel gescholtenen Islam der Fall ist. Und es handelt sich auch nicht um eine *Ethnie*, deren Streben nach Autonomie und Staatlichkeit lästig ist und von einer fortschrittlichen Zentralgewalt ‚zu Recht‘ unterdrückt werden muss – wie bei Basken, Iren oder Kurden. So wenig wie in diesen Fällen mit umge-

kehrter Stoßrichtung liegt das an Religion oder Ethnie selbst. Dass hier weltweit „Sympathie“ mit einem Völkchen und seinen rot gekleideten Mönchen laut wird, liegt an seinem *Gegner*, der chinesischen Staatsmacht. Mit der will man einerseits Geschäfte machen, andererseits stört man sich schon sehr und zunehmend daran, dass sie selbst ein ziemlich potenter kapitalistischer Staat und eine kommende Weltmacht ist. Da passt ein kleiner ethnisch-religiöser Unruheherd *in* diesem Land einfach wunderbar.

Der chinesische Staat hat für den Sommer nämlich „die Jugend der Welt“ zu seinen ersten olympischen Spielen eingeladen, um sich damit samt seinen in jeder Hinsicht gewachsenen Kräften zu feiern und weltöffentlich Anerkennung einzuheimsen: Neben allen ökonomischen und politischen Erfolgen will sich die Volksrepublik mit Olympia als von allen anerkannte und „sympathische“ Nation präsentieren. Die Vergabe der Spiele nach Beijing gesteht China eben das auch ein Stück weit zu; allerdings haben die westlichen Staaten diese Konzession von vornherein mit der offen ausgesprochenen Absicht verknüpft, der Kommunistischen Partei in Sachen Pressefreiheit und Menschenrechte gehörig in die Suppe zu spucken. Nun steht der olympische Sommer vor der Tür und angesichts des absehbaren Erfolg Chinas hält man ihn im Westen kaum aus. Schon seit Monaten wird immer wieder die Frage eines möglichen Boykotts ausgestreut – mal wegen der „Menschenrechte“, mal wegen „Darfur“. Da kommen die „Tibet-Unruhen“ schon sehr passend – so sehr, dass eine Beteiligung westlicher Ratgeber oder Geheimdienste an den Machenschaften der „Dalai-Clique“ überhaupt nicht unwahrscheinlich ist. So schlau werden allerdings auch die Mönche hinter ihren Klostermauern sein, dass sie eins und eins zusammenzählen können: Die diplomatischen Signale der Dalai-Empfänge bei Merkel und Bush und die weltöffentliche Aufmerksamkeit wegen Olympia. Darin wittern sie die ein- (und vermutlich letzt-) malige Chance für ihr nicht ganz unbescheidenes Anliegen – immerhin verlangt der Dalai Lama „echte Autonomie“ für ein Gebiet, das etwa drei Mal so groß ist wie die heutige „Autonome Region Tibet“.

Also ist unsere schöne Welt um einen ‚Konflikt‘ reicher – und die westliche ‚Aufmerksamkeit‘, die von China eine Zügelung seines „brutalen Vorgehens“ verlangt, sorgt dafür, dass er vorläufig

am Köcheln bleibt. Tag für Tag wird aufgeregt berichtet – und wenn es nichts zu berichten gibt, fallen wir darauf natürlich nicht herein. Von angeblich befriedeten Zuständen lassen wir uns nicht täuschen: Hier herrscht „Friedhofsruhe“ und wer die chinesische Regierung nicht anklagen will, „hat Angst“. Dass China inzwischen wieder Journalisten nach Tibet lässt, ändert auch nichts, denn „das Regime“ hat viel zu verbergen und bleibt uns jede Menge „Aufklärung schuldig“. Der olympische Fackellauf durch Länder und Kontinente, mit dem China für sich werben will, wird durch Proteste gestört. Über die wird in epischer Breite Abend für Abend Bericht erstattet, bis klar ist, dass sich die chinesische Imagekampagne in ihr Gegenteil verkehrt hat und zu einem „Spießrutenlauf“ geworden ist.

Eins ist damit auf alle Fälle gelungen: Das schöne Image, das sich China mit „den Spielen“ weltöffentlich verschaffen will, *ist* erfolgreich angekratzt. Die weiteren Aussichten sind glänzend: Kein Fernsehkommentar zu Olympia mehr; der nicht ein paar Tränen ins „freie Tibet“ weint; vermutlich kein Athlet, der um eine ausgewogene moralische Stellung zu dieser Frage rumkommt, wenn er sich seine Medaillen abholen will; am Ende wahrscheinlich auch noch ein paar Idioten, die die Gunst der Stunde wahrnehmen und sich auf dem olympischen Rasen verhaften lassen. So wird den Chinesen auf alle Fälle das verdorben, worauf es ihnen mit der Ausrichtung der Spiele ankommt – möglicherweise viel geschickter als mit einem Boykott, den man sich trotzdem natürlich vorbehält und von einem angeblichen Wohlverhalten Beijings abhängig macht: Eine *diplomatische Zwickmühle* allererster Güteklasse.

PS: Bei Tibet allein muss es ja nicht bleiben. Zeitungsleser werden zwischenzeitlich informiert, dass es schon jetzt auch in Xinkiang zu gewaltsamem Widerstand gegen Beijing bereite Figuren gibt, die Uighuren. Deren Unterdrückung hat man China bisher im Rahmen des weltweiten Kampfs gegen „islamischen Terrorismus“ gestattet – eine Einordnung, die heute vielleicht überdacht werden sollte! Die westliche Presse kriegt sich jedenfalls fürs erste nicht mehr ein, den chinesischen „Machthabern“ eine ganze Latte interner Auseinandersetzungen an den Hals zu wünschen. Als Mittel einer machtpolitischen Auseinandersetzung mit der kommenden Weltmacht China ist unseren aufgeklärten Journalisten in ihren Fantasien dabei einfach alles recht – wie reaktionär, religiös borniert oder brutal auch immer.

Lesetipp: GegenStandpunkt 1-08

Sarkozys ‚rupture‘: La Grande Nation – zu klein!

Frankreichs neuer Staatspräsident ist nicht zufrieden. Mit seiner Nation nicht, weil die in der Welt von heute einfach nicht die Rolle spielt, die ihr in den Augen ihres obersten Nationalisten zukommt; daher auch nicht mit der Welt und der in ihr herrschenden Ordnung, die seinem Land den ihm gebührenden Status verwehrt. Damit will der neue Chef sich keinesfalls abfinden. Sich selbst und seiner Nation verlangt er in aller Bescheidenheit eine *„politique de civilisation“* ab, *„damit Frankreich die Seele der neuen Renaissance wird, die die Welt braucht“* (Neujahrs-Pressekonferenz, 8.1.08), auch wenn die das noch gar nicht bemerkt hat. Der neue Präsident sieht sich aufgerufen, seine Nation fit zu machen für Siege in einem Konkurrenzkampf der bedeutenden kapitalistischen Mächte, für den alle Beteiligten sich ganz neue Anstrengungen abverlangen. Er reagiert damit auf eine gewisse Beschädigung seiner Nation: ihres kapitalistischen Reichtums, dessen Wachstum unter der *„Allmacht der Märkte“* leidet. Beschädigt ist ebenso die Weltgeltung der Grande Nation, weil die wichtigsten Macher des Weltgeschehens die Maßstäbe imperialistischer Durchsetzungsfähigkeit zurechtgerückt haben und Frankreich den entsprechenden Anforderungen in Sachen Respekt erheischender Gewalt derzeit nicht genügt. Das lässt den französischen Präsidenten nicht ruhen. Eine Weltmacht von Rang zu sein, das steht Frankreich nicht bloß fraglos zu; für den neuen Chef ist es eine ausgemachte Sache, dass sein Staat das Zeug dazu hat, das auch wieder zu werden und sich gegen alle anderen durchzusetzen – er muss es nur tun.

9 Jahre Putin: Konkurrenzansagen aus Russland

Zum Ende seiner Amtsführung als Präsident wird Putin noch zum Mann des Jahres 2007 ernannt, wie weiland Hitler und Stalin, wie Time Magazine eigens betont. Die Bedeutung, die man Putin zugesteht, die Beurteilung seiner Leistungen liegt also eher im negativen Bereich: Erstens

wirft man ihm den Rückfall in die Staatswirtschaft vor, Verstöße gegen die Regeln der Marktwirtschaft und die Freiheit des Eigentums; zweitens sieht man ihn schon wieder auf dem Weg in die Diktatur, und drittens nimmt man ihm das Großmachtgehabe übel, mit dem er gegenüber der Nachbarschaft und dem Rest der Welt antritt. Eingehandelt hat sich Putin diese Vorwürfe, weil er erstens die kapitalistische Reichtumsproduktion für sein Staatswesen zum Funktionieren bringen will, zweitens einen schlagkräftigen Staatsapparat aufbaut und drittens für beides von der Staatenwelt Respekt verlangt. Wer sich als Staatsmann so etwas vornimmt und in die Tat umsetzt, der hat ein Kampfprogramm aufgelegt, das sich von der Durchsetzung in der Konkurrenz auf den Weltmärkten bis hin zur Beteiligung an den imperialistischen Gegensätzen der höchsten Güteklasse erstreckt.

Außerdem in der Rubrik Chronik – kein Kommentar!

1. Armut macht krank – aber wie?? **2.** VW-Betriebsrat gegen Porsche-Betriebsrat. Arbeiterkämpfe, wie Unternehmer sie mögen. **3.** Der ANC wählt einen neuen Führer – die Presse erklärt, was daran wichtig ist. **4.** Mindestlohn vs. Managergehälter – eine nationale Besinnung über soziale Gerechtigkeit. **5.** Worum es in der Tarifeinmündersetzungs im Einzelhandel geht: Ganz normale Ausbeutung. **6.** Der härteste Arbeitskampf in der Geschichte der Deutschen Bahn beendet? Von wegen! **7.** Massentlassungen bei BMW. **8.** Kochs Rezept für die Hessen-Wahl und seine Folgen: Wie man mit der Gewalttätigkeit von Jugendlichen für die des Staates wirbt. **9.** Nokia schließt die Handy-Fabrik in Bochum und entlässt Tausende. **10.** Klarstellungen zur Riester-Rente: Sparen macht frei! **11.** Wahlen und Massaker in Kenia: Wieder einmal bleiben uns die Afrikaner ihre Demokratisierung schuldig. **12.** Solche und solche Wahlfälscher: Unser Mann in Tiflis **13.** „Kulturkampf in Rom“ (SZ): Toleranz und Pluralismus in einer modernen laizistischen Demokratie. **14.** Erdogan besucht unsere Türken: Falscher Nationalismus auf deutschem Boden!

GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahrszeitschrift

1-08

Nicolas Sarkozys „rupture“:

La Grande Nation – zu klein!

9 Jahre Wladimir Putin

Konkurrenzansagen aus Russland

Armut macht krank – aber wie?? · VW-Betriebsrat gegen Porsche-Betriebsrat: Arbeiterkämpfe, wie Unternehmer sie mögen · Der ANC wählt einen neuen Führer – die Presse erklärt, was daran wichtig ist · Mindestlohn vs. Managergehälter – eine vorweihnachtliche nationale Besinnung über soziale Gerechtigkeit · Worum es in der Tarifeinmündersetzungs im Einzelhandel geht: Ganz normale Ausbeutung · Der härteste Arbeitskampf in der Geschichte der Deutschen Bahn beendet? Von wegen! Mehndorn schlägt zurück · Massentlassungen: BMW sorgt sich um seine Kapitalrendite – die Gewerkschaft um die Weihnachtsstimmung · Kochs Rezept für die Hessen-Wahl und seine Folgen: Wie man mit der Gewalttätigkeit von Jugendlichen für die des Staates wirbt · Nokia schließt die Handy-Fabrik in Bochum und entlässt Tausende: Eine patriotische Heulorgie besiegelt die Abwicklung · Klarstellungen zur Riester-Rente: Sparen macht frei! · Wahlen und Massaker in Kenia · Solche und solche Wahlfälscher: Unser Mann in Tiflis · „Eklat um Papstbesuch“: Toleranz und Pluralismus in einer modernen laizistischen Demokratie · Erdogan besucht unsere Türken: Falscher Nationalismus auf deutschem Boden!

GEGENSTANDPUNKT 1-08

ISSN 0941-5831, 148 Seiten, € 15.–

AB SOFORT IM BUCHHANDEL:

BIELEFELD: Bahnhofsbuchhandlung, Buchladen Eulenspiegel

BOCHUM: Bahnhofsbuchhandlung, UBU Buchhandlung, Buchhandlung Ruhrbuch, Buchhandlung Schaten, Buchhandlung Blätterwald

BONN: Bahnhofsbuchhandlung, Buchladen 46, Buchladen Le Sabot, Büchergilde Gutenberg

DORTMUND: Bahnhofsbuchhandlung, Taranta Babu, Buchhandlung Litfaß, Mayersche Buchhandlung, Uni-Buchhandlung

DÜSSELDORF: Buchhandlung Bibabuze

ESSEN: Heinrich Heine Buchhandlung, Mayersche Buchhandlungen

GÜTERSLOH: Bahnhofsbuchhandlung

KÖLN: Der Andere Buchladen, Buchhandlung Bunt

WITTEN: Mayersche Buchhandlung

DIREKTBEZUG ÜBER DEN:

Gegenstandpunkt Verlag,
Augustenstraße 24, 80333 München

Tel 089/272 1604, Fax 089/272 1605

gegenstandpunkt@t-online.de
<http://www.gegenstandpunkt.com>

gegeninformation NRW Kontakt & Impressum:

Postalisch: gegeninformation nrw c/o „Le Sabot“, Breite Str. 76, 53111 Bonn - **Online:** www.gegeninformation.net, redaktion@gegeninformation.net
Impressum: Vi.S.d.P.: Theo Wentzke, Böblinger Str. 135, 70199 Stuttgart - **Druck:** Mediengruppe Neuer Weg GmbH, Alte Bottroper Str. 42, 45356 Essen
Anzeigenpreise: Auf Anfrage von redaktion@gegeninformation.net - **Onlineausgabe:** <http://www.gegeninformation.net/downloads/gi-nrw-01-08.pdf>

Regelmässige Diskussionstermine in Bonn, Dortmund und Köln:

Bonn - Gruppe kritischer Studenten (GkS)

14tägig, mittwochs, 19:30 Uhr

30. April: Deutschland will neue Sicherheitsgesetze!
Sicherheit – vor wem und für wen?

14. Mai: Das hat dem Arbeiter noch gefehlt:
Gute Arbeit und Mindestlohn.

28. Mai: Wie viel Führung braucht Europa? Frankreichs globale
Mission: Wer darf Europa führen?

Weitere Termine am **4. Juni**, und **18. Juni**.

Buchladen „Le Sabot“, Breite Straße 76, 53111 Bonn

Die GkS bietet außerdem zwei Seminare bei der „Offenen Uni“
am 28. und 29.6. an. Infos: www.gegeninformation.net/bonn

Dortmund - GegenStandpunkt-Redaktion

Monatlich, dienstags, 19 Uhr. Die nächsten Termine:
20. Mai und **10. Juni**.

Dietrich-Keuning-Haus, Raum 226, Leopoldstr. 50-58
Außerdem am 18. Juni Vortrag und Diskussion. Thema siehe:
www.gegenstandpunkt.com/jourfixe/Dortmund.html

Köln - Gruppe Gegeninformation

Monatlich, donnerstags, 20 Uhr. Die nächsten Termine:
8. Mai: Die Lohnfrage heute. **12. Juni:** Hungerkatastrophen
und -aufstände

Offener Treff der „Alten Feuerwache“, Melchiorstr. 3
<http://www.gegeninformation.net/koeln>

GegenStandpunkt - Archiv der Zeitschrift - 1-92 bis 4-06 auf CD-Rom

Seit den ersten Heften hat sich auf der Welt viel verändert. Außenpolitisch ist die Sowjetunion abgetreten, dafür tritt jetzt ein kapitalistisch gewendetes Russland an, der Weltmacht Nr. 1 Paroli zu bieten. Denselben Ehrgeiz vertreten nicht nur die Europäer, sondern inzwischen auch Staaten, die seinerzeit noch unter 3. Welt firmierten, wie Indien und China, Pakistan und Iran. Die Maßnahmen zur Durchsetzung ihrer Weltordnung, die noch in jedem Heft einen Schwerpunkt bilden, haben den USA also weder die unumstrittene Weltherrschaft noch die mit dem Anti-Terrorkampf angestrebte und reklamierte Unverwundbarkeit eingetragen. Ganz im Gegenteil. Das hat die Welt nicht gemüthlicher gemacht und Kriege, Seuchen und Hunger nicht seltener. Innenpolitisch wird die Kriegsvorbereitung nicht nur mit den passenden Parolen durchgeführt und begleitet: Die online und offline verschärfte Überwachung der Taten und Absichten aller möglichen Staatsfeinde soll ausgerechnet der Sicherung der Freiheit der Bürger, weil ihrer Sicherheit dienen. Im Zuge der Globalisierung ist

die Verarmung der Bevölkerung zur größten Reformat des Staates avanciert. Die Agenda 2010 feiert Triumphe und das früher harmlos bis positiv besetzte Wort „Reform“ gilt heute als Synonym für Einsparungen, und zwar des Staates an den Bürgern, denen deshalb Steuererhöhungen schon deswegen nicht erspart werden können, weil bewaffnete Aktionen im Ausland finanziert werden müssen, die nötig sind, damit „unser“ Staat auf Augenhöhe mit den anderen Imperialisten beim Weltordnen mitmischen kann, auch wenn nicht so recht klar ist, wie man Berlin in Afghanistan verteidigt.

Die Zeiten haben sich also deutlich geändert, die Gründe dagegen zu sein, durchaus nicht. Wer uns deshalb vorwerfen will, wir lieferten nur Theorie, den müssen wir zurück fragen. „Wieso denn nur?“. Aktionen von Leuten, die gegen irgendwas sind, gibt es schließlich genug. Das „Anti“ im Namen von Anti-Imperialisten, Anti-Fas. Anti-Deutschen etc. sowie das Sich-Berufen aufs Links-Sein gibt es ja bis hin zu den neuen Sozialdemokraten von den „Linken“. Zuerst kommt nun mal die richtige Theorie, weil sonst noch nicht mal klar ist, wogegen man antritt. Unser Beitrag dafür aus den letzten 15 Jahren findet sich auf dieser Scheibe und eine Liste von Grundlagenartikeln, ohne deren Kenntnis man nicht mitreden kann, liefern wir auch noch mit.

Ansonsten gilt auch für die absehbare Zukunft, was am Anfang stand: Die Zeitschrift GegenStandpunkt bietet, vierteljährlich, marxistische Theorie.

Alle Texte im HTML-Format. Mit Inhaltsverzeichnissen, bibliografischen Angaben, Schlagworten und komfortabler Suchfunktion. Für alle modernen Browser und Betriebssysteme geeignet.

ISBN 978-3-929211-12-2. Preis der CD-ROM: 40,- €
Bezug über Buchhandel oder direkt beim Verlag:

GegenStandpunkt Verlag, Augustenstr. 24, 80333 München
Tel. 089/2721604, Fax 089/2721605
www.gegenstandpunkt.com
gegenstandpunkt@t-online.de

GEGENSTANDPUNKT Politische Vierteljahreszeitschrift

Archiv der Zeitschrift

1-1992 bis 4-2006

auf CD-ROM

GS
ARCHIV

GegenStandpunkt Verlag

